

Riesauer Tageblatt



Stadtredaktion
Tageblatt Riesa,
Jurnal Nr. 22,
Postfach Nr. 22

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Das Riesauer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Reichen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachamt
Dresden 1830,
Quotafuß
Riesa Nr. 22

Nr. 268.

Dienstag, 12. November 1929, abends.

82. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 8 mm hohe Werbefläche (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennig; die 20 mm breite Werbefläche 100 Gold-Pfennig; zeitrauender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt zuzüglich, wenn der Betrag verfallt, durch Rings eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Künftige Unterhaltungsbeiträge "Erghler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Befreiung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Fotationsdruck und Verlag: Ronger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gießstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Klemm, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Sammlung der politischen Mitte?

Seit Beginn dieses Jahres tauchen immer wieder Gerüchte auf, die von einer unmittelbar bevorstehenden Neugruppierung der politischen Mitte sprechen. Insbesondere wird dabei auch an einen Zusammenschluß von Demokraten und Deutscher Volkspartei gedacht, wie er schon vor längerer Zeit von der inzwischen recht schwelgen gewordenen liberalen Vereinigung verfolgt wurde. Im vergangenen Winter hatte sich in Berlin unter Führung von Rodus von Rheinbaben die sogenannte "Front 1929" gebildet, die sich die Ziele der liberalen Vereinigung als Bewegung der jungen Generation teilweise zu eigen machte. Die "Front 1929" unterschied sich von der liberalen Vereinigung nur dadurch, daß sie den Kreis der zusammenfassenden politischen Gruppen erheblich erweitern wollte. Mit Recht wurde gesagt, daß die bloße Verschmelzung zweier bestehender liberaler Parteien nicht genüge, um eine grundlegende Erneuerung der politischen Mitte herbeizuführen. Vor allem müßte den alten Parteien frisches, junges Blut zugeleitet werden, wodurch allein die Voraussetzung für eine gründliche Umstellung geschaffen werden könnte. Auf dem Boden dieser Ermüdungen wollaß sich dann auch die Verbindung zwischen "Front 1929" und dem ähnlichen Zielen zustrebenden "Jugenddeutschen Orden". Im weiteren Verlauf der Entwicklung bahnten sich ferner Beziehungen der "Front 1929" zu den völksparteilichen und demokratischen Jugendgruppen an, so daß man in maßgebenden politischen Kreisen diesen Aufmarsch der jungen Generation ernst zu nehmen begann. Darüber vergingen aber im Spätherbst und im Sommer dieses Jahres Monate, ohne daß es zu weiteren Aktionen gekommen wäre. Erst im Herbst hörte man wieder von dem Dasein der "Front 1929", deren Bemühungen darauf abzielten, ein Wahlbündnis der Mittelparteien bei den Berliner Gemeindevahlen zustandzubringen. Dieser Versuch scheiterte aber an sich an den Widerständen der Parteiführerschaft. Inzwischen ist man im Lager der Jungen auch sonst nicht untätig geblieben. Die aus von gut unterrichteter Seite berichtet wurde, sind gerade von der "Front 1929" zahlreiche Besprechungen mit den verschiedenen Parteiführern der Mitte geführt worden, um mit ihnen gemeinsam nach einer Plattform zu suchen, auf der eine politische Neubildung vollzogen werden könnte. Es darf heute auch ausgesprochen werden, daß der verstorbenen Reichsaussenminister Dr. Stresemann einer der stärksten Befürworter der Schaffung einer großen Mittelpartei war, deren Aufgabe es sein sollte, den bürgerlichen und bäuerlichen Einfluß auf die Gestaltung der Gesetzgebung zu stärken. Außer Dr. Stresemann bekannten sich heute noch in besonderer Weise namhafte Persönlichkeiten der demokratischen Partei zu diesem von der jungen Generation aufgegriffenen Gedanken.

Um so peinlicher war es deshalb, als man in diesen Tagen von einem Aufruf des Hochmeisters des Jugenddeutschen Ordens, Arthur Wabraun, erfuhr, worin dieser die Bildung einer völkernationalen Reichsvereinigung mitgeteilt hat, mit dem weitestgehenden Ziele, eine neue Partei ins Leben zu rufen. Wäre dieser Aufruf von sämtlichen Gruppen der jungen Front unterzeichnet worden, so hätte man diese Aktion ohne weiteres begrüßen können. So aber ist der Eindruck entstanden, daß hier nach berühmtem deutschem Rezept vom Jugenddeutschen Orden eine Sondertruppe geritten wird, die wahrscheinlich das Gegenteil von dem erreichen dürfte, was mit ihr bejwacht wurde. Sinau kommt, daß auch von der Reichsgemeinschaft junger Volksparteiler ein Aufruf erlassen worden ist, der nur insofern den Geist der Einigung atmet, als er die Deutsche Volkspartei für das geeignete Sammelbecken der bürgerlichen Mitte erklärt. Und scheint, daß dies nicht der richtige Weg ist, um das Uebel unseres Viel-Parteien-Systems zu beseitigen. Auf diese Weise wird man nie oder doch nur sehr langsam zum Ziele kommen.

Steht man aus den bisherigen Erfahrungen einen Schluß, so muß man wieder einmal feststellen, daß es nicht so einfach ist, das harte deutsche Parteiwesen zu reformieren. Dazu bedarf es nicht nur eines hohen Willens, sondern auch einer überaus großen Geschicklichkeit der berufenen Führer. Haben wir diese Führerpersönlichkeiten oder müssen sie erst noch entdeckt werden? Davon hängt das Schicksal der politischen Mitte und damit des bürgerlichen und bäuerlichen Mittelstandes in erster Linie ab. Dann kommt in zweiter Linie die Frage des politischen Programms. Ihre Schwierigkeit darf natürlich auch nicht verkannt werden, doch wir sind der Überzeugung, daß mit dem Führerproblem auch die Programmfrage gelöst wäre.

Die Kämpfe in China.

London. Times meldet aus Peking: In der Nähe von Nishan ist eine große Schlacht im Gange. Die Truppen Fengshiang rücken östlich der Lungbat-Eisenbahn gegen den wichtigen Knotenpunkt Tschengtschau vor. Die nationalistischen Streitkräfte haben aus Gantau alle verfügbaren Reserven herangezogen, und Tschengtschau leidet verheerend die Operationen. — Nach einer Meldung des gleichen Blattes aus Schanghai ist die seit langem erwartete große Offensive der Nationalisten jetzt anscheinend im Gange. Die besten Truppen der nationalistischen Armee, nämlich die erste und zweite Division, die von den deutschen Mitarbeitern des verstorbenen Obersten Bauer ausgebildet worden sind, nehmen jetzt zum ersten Mal am Kampfe teil. Ranking behauptet, daß seine Truppen Nishan genommen haben, doch ist diese Nachricht noch nicht bestätigt. Alle Meldungen stimmen darin überein, daß die Verluste auf beiden Seiten sehr groß sind.

Frankreich, Rheinlanddrängung und Young-Plan.

Die fortschreitende Rechtsbewegung in Frankreich.

Räumung und Young-Plan so gut als erledigt. — Paris wartet ab.

Berlin, 12. November. In den Kreisen der Reichsregierung verfolgt man die fortschreitende Rechtsbewegung der Pariser Regierung mit wachsender Sorge. Man spricht bereits ganz offen davon, daß nicht nur die Rheinlanddrängung, sondern auch der Young-Plan selbst in immer größerer Gefahr komme. Man befürchtet in der Wilhelmstraße, daß die Schlichterhandlungen über den Young-Plan abgebrochen werden müssen, weil die Nachforderungen der Franzosen unerläßlich zu werden scheinen. Es kann auch gesagt werden, daß man in den Berliner maßgebenden Kreisen den Eindruck hat, als ob es der französischen Regierung sehr darauf ankomme, den Young-Plan mit sozialistischen Forderungen zu bepacken, daß der Streit der politischen Parteien über Annahme oder Ablehnung des Planes für uns noch größer werden müsse. Schon auf diese Weise hofft man in Paris — wie wir von absolut zuverlässiger Seite erfahren — um die Rheinlanddrängung herum zu kommen. Man sähe in Paris den Zusammenbruch Deutschlands vor Augen und will eine abwartende Haltung einnehmen. Man glaubt auch nicht daran, daß es dem Druck der Engländer und Amerikaner gelingen wird, die Franzosen wenigstens zur vollständigen Räumung der zweiten Zone zu veranlassen. Für die Räumung der dritten Zone will Paris neue Forderungen aufstellen, wofür man in Paris überhaupt an die Räumung dieser letzten Zone denkt. Schon jetzt beruft man sich dort auf den deutschen Volkseigennut als Hinderungsgrund für unsere Leistungen wie auch auf unsere Finanzmiserie.

Ueber die Neuerungen Lardieu und Briand.

Paris. Zu den außenpolitischen Erklärungen Lardieu und Briand schreibt der sozialistische Abgeordnete Leon Blum im "Populaire", er habe einen einstigen Widerstand zwischen den Neuerungen Lardieu und denen Briand festgestellt, und dieser beziehe sich auf das Räumungsdatum des 30. Juni. Lardieu habe erklärt, dieses Datum sei nicht ein absolut feststehender Zeitpunkt, weil ja in demselben Dokument die Räumung auch an Bedingungen, wie die Annahme der Festsatz zur Einführung des Young-Planes durch den Reichstag geknüpft sei, Bedingungen, die möglicherweise nicht in der vorgesehenen Spanne erfüllt werden könnten. Er, Blum, gebe zu, daß es nicht notwendig und nicht einmal zweckmäßig gewesen sei, diese unwahrscheinliche Hypothese ins Auge zu fassen. Aber das Wesentliche sei doch, daß Lardieu den Worten Briand zugestimmt und energisch betont habe, daß die Regierung die Absicht habe, wenn die Bedingungen erfüllt seien, die Sache nicht in die Länge zu ziehen, sondern im Gegenteil die Räumung nach Möglichkeit zu beschleunigen. Die Verschiedenheit in den Auffassungen Briand und Lardieu sei also nur scheinbar.

London. Times sagt in einem Leitartikel über die französische Regierungserklärung, außer dem Lobe Dr. Stresemanns und der französischen Kabinettskrisis hätte der französische Ministerpräsident auch die von den deutschen Nationalisten erzwungene Volksabstimmung als einen der Gründe anführen können, die die Ratifizierung des Young-Planes verzögern. Im übrigen werde die Erklärung, die Lardieu die Stellung in der französischen Kammer gehalten habe, zweifellos einiges Unbehagen im Auslande hervor-

rufen. Eine allzu peinliche Prüfung der Worte Lardieu sei jedoch unnötig. Zunächst erfordere die Räumung, wenn sie einmal begonnen hat, nicht unbedingt acht Monate und, wie der britische Premierminister auf dem Nordmagorsbankett sagte, "wenn alles gut geht", sollte das Rheinland Mitte nächsten Jahres frei sein. Von viel größerer Wichtigkeit aber sei die Tatsache, daß Lardieu, indem er die Unterstufung und Hilfe Briand in Anspruch genommen hat, ein Unterpfand für die Ehrlichkeit des Friedenspolitik gegeben hat, die es der Kammer anempfehl.

Graf Bekary

zu den Erklärungen Lardieu und Briand.

Johannisthal. (Telunia.) In einer Wälfenversammlung nahm Graf Bekary u. a. zu den letzten Reden Briand und Lardieu über die Räumung des Rheinlands Stellung. Graf Bekary stellte fest, daß es ein klumpiges Kollisionsmanöver sei, wenn man die Wendung der französischen Politik auf das Volksbegehren zurückführen wolle. Die Erklärungen Briand und Lardieu läßen vielmehr in der gleichen Richtung, die Frankreich schon immer eingeschlagen habe. Die fortgesetzte Weitergabe der Erklärung Lardieu über die Rheinlanddrängung sei genau so kategorisch wie die erste. Lardieu und Briand hätten folgenden Standpunkt festgelegt: Der Beginn der Räumung der dritten Zone sei abhängig von der Annahme und Inangriffnahme des Planes. Dazu gehöre, daß alle beteiligten Mächte den Plan ratifiziert hätten, daß die Tributbank eingeleitet sei und daß Deutschland der Bank die Obligationen für die Mobilisationsanleihe abgehändigt habe. Erst nach Erfüllung dieser Bedingungen solle die Räumung durchgeführt werden, zwar ohne Verschleppung aber mit dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß der Endtermin des 30. Juni als feste Angelegenheit außer Kraft gesetzt sei. Die Bedingung, daß zu beschließen, gehörten anscheinend zu den unentbehrlichen Merkmalen der Erfüllungspolitik. Um so weniger dürfte zugelassen werden, daß das deutsche Volk sich dadurch täuschen lasse. Der Endtermin der Räumung der dritten Zone habe eben leider noch keineswegs fest. Die Annahme des Pariser Planes und die Gesügigkeit Deutschlands bezüglich aller noch ausstehenden Einzelheiten werde überdies von Frankreich erneut unter verschärften Erpreßdruck gestellt. Die scharf die Erpressung bereits auf die Regierung und die Regierungsmehrheit gewirkt habe, zeige der Gegenstand des Tributplanes dauernd gemachte Vorwürfe, die geschehen mit ihrem Kampf gegen den Plan die Räumung. So sei das volle Gegenteil von dem eingetreten, was die deutsche Politik erstrebt habe: Die Erfüllung des deutschen Räumungsanspruches sei nicht von der Tributregelung gelöst worden, vielmehr verlange man die Annahme des untragbaren Pariser Planes von Deutschland, bevor an die Räumung gedacht werde. Für die bevorstehende zweite Haager Konferenz hätten die beiden französischen Minister Deutschland so in eine sehr schlechte Verhandlungslage gebracht. Wo bliebe unter diesen Umständen die von den Regierungsparteien verkündete Absicht vor der Annahme des Tributplanes die Rückgabe des Saargebietes zu annehmbaren Bedingungen zu sichern, kommende Sanktionen aus Artikel 480 auszuschließen und in der Liquidationsfrage ein für Deutschland ertzschliches Ergebnis zu erzielen?

Retirement in der deutschen Reichsregierung.

Eine Ueberraschung ist durch die Entlassung der Räte, die Stresemanns Lob in die Reichsregierung gerufen hatte, nach keiner Richtung hin entstanden. Umso besser! Der außenpolitische Weg, den Deutschland zu gehen hat, ist viel zu eindeutig festgelegt, als daß man den Tod des großen, leider zu früh von uns geschiedenen Staatsmannes zu irgendeinem Experiment leichtfertig hätte mißbrauchen dürfen. Andererseits ist die Innenpolitik viel zu sehr von der Außenpolitik abhängig, als daß man nicht von vornherein für einen verständigen Ausgleich zwischen dem Programm des neuen Außenministers und dem des neuen Wirtschaftsministers hätte sorgen müssen.

Dr. Julius Curtius, der jetzt das Erbe Stresemanns antritt, gehört der Reichsregierung bereits seit 1926 als Wirtschaftsminister an. Er hat an den Haager Konferenzen teilgenommen und auch engste mit Dr. Stresemann zusammengearbeitet. Die politischen Richtlinien des letzteren sind deshalb auch wohl Dr. Curtius durchaus vertraut, was umso wesentlicher ist, als Deutschland durch die bevorstehende Haager Schlichterkonferenz noch vor allerhand schwierigen Aufgaben gestellt sein wird.

Der neue Reichswirtschaftsminister, der Berliner Universitätsprofessor Dr. Paul Moldenhauer, darf gleichfalls als ein Vertreter der gemäßigten Richtung der Deutschen Volkspartei betrachtet werden, die ein erfolgreiches Zusammenarbeiten mit den übrigen

Parteien gewährleistet. Das bedeutet leider noch nicht, daß kritische Zustimmungen unserer wirtschaftspolitischen Lage unter allen Umständen ausgeschlossen wären. Die Probleme, die noch zu lösen sind, wie beispielsweise die Reform des deutschen Versicherungswesens, sind viel zu kompliziert und schwierig, als daß man sich ihre Lösung zu leicht vorstellen dürfte. Innerhalb der eigenen Partei hat schon Herr Dr. Stresemann oft Mühe genug gehabt, sich durchzusetzen, und seinem Nachfolger werden ähnliche Konflikte voraussichtlich nicht erspart bleiben. Dabei bestehen grundsätzlich die Gegensätze weiter, die gerade die Volkspartei von den übrigen Regierungsparteien trennen: kulturpolitische Gegensätze zum Zentrum, wirtschaftspolitische zur Sozialdemokratie! Aber die Hauptsache ist, daß die Namen der beiden neuernannten Minister in jeder Beziehung den guten Willen zur Zusammenarbeit symbolisieren. Als ganz besonders erfreulich darf man es aber wohl bezeichnen, daß keine derartigen Wankungen der Regierungstrategie versucht worden ist, die wochenlang hinter den Kulissen des Parlamentes diskutiert wurden. Der Botschafter in Rom, Herr Dr. von Neurath, hat sich dadurch, daß er nicht nur den angesehenen Schriftsteller Emil Ludwig, sondern auch den weltberühmten Dichter Gerhart Hauptmann zu empfangen verweigerte, als derartig verhängnisvoll gegenüber deutschen Kulturinteressen in der Welt erwiesen, daß schon seine Ernennung an sich ein Schlag für das Ansehen Deutschlands in der Welt gewesen wäre. Das parlamentarische System, nach dem die Neuernennung erfolgte, hat uns glücklicherweise eine solche Schlappe erspart.